

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Die vergangene Woche war eine besonders spannende für das Land Rheinland-Pfalz: Mit der Einbringung des Landeshaushaltes für die Jahre 2017 und 2018 nimmt die von Landesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele in Angriff.

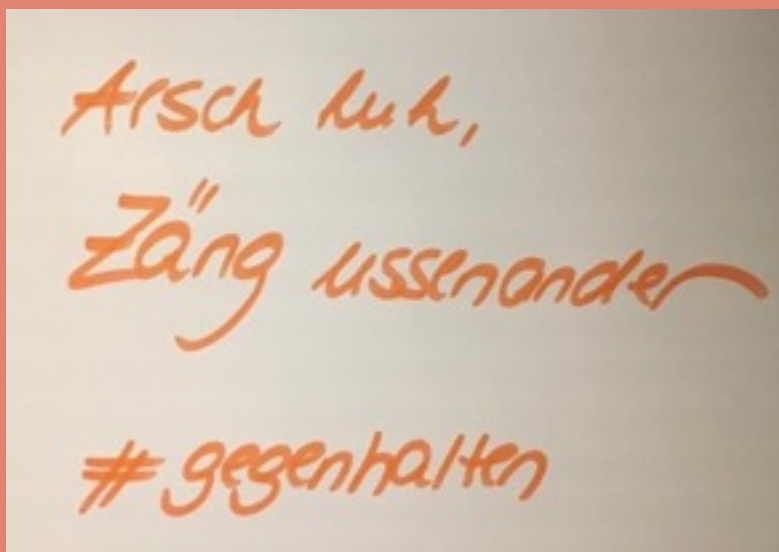
Die Koalitionsfraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben in der „Generaldebatte“ deutlich gemacht: Die „Ampel“ steht für ein sozial gerechtes, wirtschaftlich starkes und nachhaltiges Rheinland-Pfalz mit einer soliden Finanzpolitik, die den Haushalt konsolidiert, in die Zukunft unseres Landes investiert und Handlungsfähigkeit gewährleistet. Dazu und zu weiteren Themen lest gerne mehr in dieser letzten Ausgabe der Wahlkreispost für das Jahr 2016, bevor ich mich gerne von euch in die Weihnachtszeit verabschiede!

Als letzte „Amtshandlung“ in diesem Jahr bleibt mir noch, euch auf die Kampagne „#gegenhalten“ aufmerksam zu machen. Denn auch

im neuen Jahr werden wir – leider – wieder gefordert sein, dort unsere Stimme für Toleranz zu erheben, wo es notwendig ist.

Nun wünsche ich euch aber zunächst eine gute und, so hoffe ich, möglichst stressfreie Vorweihnachtswoche.

Alles Liebe und Gute  
Eure Sabine



# HAUSHALT 2017/18 HAT ALLE IM BLICK

*„Politik für alle Menschen zu machen, erfordert einen Haushalt, der zu jeder Zeit handlungsfähig ist“, so die Ministerpräsidentin*

Die Ministerpräsidentin erinnerte an ihre Regierungserklärung mit dem Titel "Wir sind für alle da." Mit dem Entwurf für den Haushalt 2017/2018 setze die Landesregierung die Ziele des Koalitionsvertrags Stück für Stück in konkrete Politik um. „Er steht für ein sozial gerechtes, wirtschaftlich starkes und ökologisch verantwortliches Land und damit für Zusammenhalt und Zukunftschancen“, unterstrich Dreyer.

Die Landesregierung betreibe Konsolidierung, halte die Schuldenbremse ein und investiere in die Zukunft. Kurz: sparen und investieren! „Wir wollen, dass die Menschen sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft in einem starken und sozialen Rheinland-Pfalz leben können“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Und wir wenden uns gegen jene, die versuchen, neue Gräben in der Gesellschaft aufzureißen und Gegensätze und Konflikte zu schüren.“

„Politik für alle Menschen heißt Investitionen in die soziale Infrastruktur, Ertüchtigung für den Arbeitsmarkt, es heißt Investitionen in ein gutes Bildungssystem“, erläuterte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Für alle“ wirke eine Politik, die für starke Kommunen, bezahlbaren Wohnraum und für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur Sorge und so die Mobilität auch für den ländlichen Raum sichere. Ihre Schwerpunkte seien eine Politik des Fortschritts und der Innovation, die schnelles Internet in jede Ecke des Landes bringe, sowie eine Politik, die in der Wirtschaft für Wachstum und für gute Arbeitsplätze Sorge.

„Gute und gebührenfreie Bildung bleibt in Rheinland-Pfalz wichtigste Aufgabe. Deswegen fließt mit 2,1 Milliarden Euro in den jeweils kommenden Jahren jeweils ein großer Teil des Haushaltes in eine gute Unterrichtsversorgung“, unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Wir haben uns das Ziel gesetzt, in dieser Legislaturperiode 100 Prozent Unterrichtsversorgung zu erreichen.“ Für dieses Schuljahr seien 1.100 Lehrer und Lehrerinnen neu eingestellt worden und bereits im Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 würde der Vertretungspool auf 1.000 Planstellen aufgestockt. Für Hochschulen seien im Haushaltsentwurf jährlich 1,05 Milliarden Euro veranschlagt.

„Wir machen Politik für alle Menschen, auch indem wir im ganzen Land in die soziale Infrastruktur investieren“ sagte die Ministerpräsidentin weiter. Insgesamt werden für die Krankenhäuser im Jahr 2018 143 Millionen Euro bereitstehen, das sind 15 Millionen Euro mehr als 2016.

„Ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz ist seit Jahren die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Ein Modellprojekt ist die über Landesmittel in Höhe von 400.000 Euro geförderte ‚Westpfalzinitiative‘, die seit über zwei Jahren mit den Jobcentern Kaiserslautern und Pirmasens erfolgreich umgesetzt wird,“ sagte Ministerpräsidentin Dreyer.



Mit dem Vorzeigeprojekt „Gemeindeschwester Plus“ sei das Land neue Wege gegangen und mit dem Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ fördere es innovative Projekte wie Telemedizin. Auch der Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung werde weiterentwickelt. „Wir werden die Verkehrsinfrastruktur verbessern“, erklärte die Ministerpräsidentin. Jeweils 121 Millionen Euro werde das Land 2017/18 in Landesstraßen investieren. Gesteigert würden auch die Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Mobilität, um die steigenden Investitionsmittel aus dem Bundesverkehrswegeplan zu bewältigen.

„Gute Politik für die Menschen kann ohne handlungsfähige Kommunen nicht funktionieren“, unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Daher fließe mit 5,6 Milliarden Euro rund ein Drittel des Haushaltes an die Kommunen. „Die Integration der Geflüchteten ist eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts und Ebenen.“ Im Haushaltsentwurf seien für 2017 rund 450 Millionen Euro für Unterbringung und Integration von Flüchtlingen vorgesehen.

„Wir machen Politik für alle Menschen. Mit dem Haushaltsentwurf setzen wir die Ziele des Koalitionsvertrags Stück für Stück in konkrete Politik um. Wir sparen und wir investieren in Zusammenhalt und in Zukunftschancen. Gute und gebührenfreie Bildung bleibt wichtige Aufgabe, daher fließen 2,1 Milliarden Euro in unsere Unterrichtsversorgung. Gute Politik im Land kann ohne starke Kommunen nicht funktionieren, daher fließt rund ein Drittel des Haushalts an unsere Städte und Ortsgemeinden.“



**MALU DREYER**

Wir haben vieles vor in diesem Land. Es ist ein wegweisender Haushalt. Wir wollen ein modernes Land bleiben, in dem alle frei und sicher leben können.“

„Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Die Gewährleistung dieser Sicherheit ist eine Kernaufgabe der Landesregierung“, erklärte die Ministerpräsidentin. Daher stünden für 2017 rund 656 Millionen Euro und 2018 rund 662 Millionen Euro zur Verfügung, was einer Steigerung um 25 bzw. 30 Millionen Euro bedeute. Mit jährlich 500 Neueinstellungen von Polizeikommissar-Anwärtern blieben die Einstellungszahlen auf höchstem Niveau. Zusätzlich würden 100 Planstellen für ausgebildete Polizisten geschaffen. „Auch stocken wir die Mittel für die allgemeine Kriminalitätsbekämpfung auf. Hier möchte ich beispielhaft die Bereiche der Cyber- und Wirtschaftskriminalität nennen“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Auch die Justiz in Rheinland-Pfalz ist leistungsfähig. Gerichte und Staatsanwaltschaften wurden deshalb wie der Polizeidienst von personellen Kürzungen ausgenommen. „Zudem decken wir Mehrbedarfe an Personal ab. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit erhält 16 zusätzliche Stellen, davon 12 Richtstellen, außerdem werden 16 zusätzliche Stellen für Rechtspfleger geschaffen.“

„Modern ist, wer die Umwelt schützt. Und nachhaltig, wer auch Politik für kommende Generationen macht. Deswegen ist es uns wichtig, die Energiewende zum Erfolg zu führen. Dazu müssen neben der Stromwende auch die Wärme- und Verkehrswende umgesetzt werden. Gerade der Wärmebereich bietet erhebliche Effizienz- und Einsparpotenziale. Wir wollen Vorreiter im Klimaschutz sein, denn das ist gut für die Menschen, die Wirtschaft und für unser Land“, sagte die Ministerpräsidentin. „Mit der ‚Aktion Grün‘ werden wir auch das Thema Biodiversität nach oben auf die politische Agenda setzen. Nach dem Vorbild der Aktion Blau für den Gewässerschutz sollen ein Netzwerk für die biologische Vielfalt geschaffen und verschiedene Maßnahmen gegen das Sterben der Tier- und Pflanzenarten im Land umgesetzt werden“, so Ministerpräsidentin. Hierfür wurden für 2017 und 2018 jeweils 2,5 Mio. Euro veranschlagt.

„Wir stehen zu 100 Prozent zur Schuldenbremse und liegen klar auf Konsolidierungskurs“, unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Der Haushalt umfasse eine Reihe von Einsparungen, darunter den Abbau von 2.000 Stellen im Landesdienst, der über Eintritte in den Ruhestand erfolge. Außerdem werde es Strukturveränderungen und eine Aufgabenkritik geben. Mit dem Regierungsentwurf mache die Landesregierung deutlich, dass sie den eingeschlagenen Konsolidierungskurs konsequent weiterverfolge und spätestens im Jahr 2020 den ausgeglichenen Haushalt erreiche. Dabei sinke das strukturelle Defizit derzeit schneller als geplant.

## MEIN TIPP ZUM KLICKEN: DIE GENERALDEBATTE IM LANDTAG

Die Einbringung des Landeshaushaltes in den Landtag ist in jedem Haushaltsjahr mit einer sog. „Generaldebatte“ über die Politik und die Ziele der Landesregierung verbunden.

Auch in diesem Haushaltsjahr debattierten die Vorsitzenden der im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Fraktionen rege über den Entwurf der Landesregierung. Auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer sprach zum ersten Haushalt ihrer rot-grün-gelben Landesregierung.

Diese besonders kontroverse Landtagsdebatte wird in der Regel live vom SWR übertragen. Wer die Übertragung im Fernsehen verpasst hat oder sie sich nachträglich noch einmal anschauen möchte, kann dies unter folgendem Link tun: [Klick!](#)

# ARMUT BEGEGNEN – GEMEINSAM HANDELN

## *Bätzing-Lichtenthäler startet Beteiligungsprozess*

Auf 2017 startet das rheinland-pfälzische Sozialministerium einen landesweiten Beteiligungsprozess zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. „Ziel des Beteiligungsprozesses ist es vor allem, Menschen mit Armutserfahrung und soziale Akteure in den Regionen zu Wort kommen zu lassen, um zu erfahren, wie Armut erlebt und bewältigt und wie Armut vorgebeugt werden kann. Wir brauchen regional spezifische und umsetzbare Lösungen, um die Lage der Menschen zu verbessern“, stellte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler heraus.

Auftakt des Prozesses war die Veranstaltung „Armut begegnen – gemeinsam handeln“, zu der die Ministerin Professor Dr. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, Pfarrer Albrecht Bähr, Sprecher der Landesarmutskonferenz und Vorsitzender der LIGA Rheinland-Pfalz, Dietmar Muscheid, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz/Saarland sowie Maria Ohlig, Quartiermanagerin Trier-Nord, zu Diskussion und Austausch eingeladen hatte.

Professor Dr. Georg Cremer sagte in seinem Impulsvortrag: „Wir brauchen eine Debatte zu Armut in Deutschland, die sich nicht in folgenloser Empörung erschöpft. Notwendig ist zähe, reformerische Arbeit im politischen Alltag. Neben einer leistungsfähigen Grundsicherung für Arme brauchen wir eine Sozial- und Bildungspolitik, der es besser als heute gelingt, Armut vorzubeugen. Alle Akteure, Kommunen und ihre Jugendämter, Schulen, Wohlfahrtsverbände, Verbände des Ehrenamts sind hier gefordert.“

„Die Gesellschaft hat die Pflicht, sich um die Schwächsten zu kümmern“, so Pfarrer Albrecht Bähr hervor. „Wir müssen dafür sorgen, dass von Ungerechtigkeit bedrohte Kinder ausreichend Unterstützung bekommen, um einen Bildungsabschluss zu erreichen, die gesundheitlichen Leistungen in Anspruch nehmen können, die sie brauchen und die Zugänge zum Leben erreichbar und finanzierbar sind“, so Bähr.

Dietmar Muscheid betonte: „Armutursache Nummer 1, die wir bekämpfen müssen, ist der stetig wachsende Niedriglohnsektor. Außerdem brauchen wir eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Das sind die notwendigen Voraussetzungen, um dann gemeinsam, mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren, passgenaue Lösungen, nah an den realen Bedürfnissen zu erarbeiten und zum Nutzen der Betroffenen anschließend umzusetzen.“

Maria Ohlig stellte die sozialräumliche Verortung von Armut heraus: „Wie Menschen aufwachsen und wie sie sich entwickeln, hängt entscheidend davon ab, in welchem Umfeld sie groß werden. Ich habe in meiner Arbeit erlebt, wie wichtig es für die Menschen ist, dass sich ganz konkret an ihren Lebensbedingungen etwas ändert. Wir haben es in einem benachteiligten Gebiet in Trier gemeinsam mit den Bewohnern geschafft, ihnen dauerhaft bezahlbare Wohnungen – und damit ein zentrales Grundbedürfnis - zu sichern. Die baulichen Veränderungen in Armutsvierteln müssen aber auch immer von guter Sozialarbeit begleitet werden, die die Menschen unterstützt und ihnen persönliche Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigt“, so die Quartiermanagerin.

„Armut ist nicht nur ein finanzielles Problem der Betroffenen, sondern auch ein Mangel an Verwirklichungschancen. Menschen brauchen die Befähigung, die Auswirkungen von Armut zu bewältigen, um der Armutsspirale entkommen zu können“, fasste Bätzing-Lichtenthäler zusammen. Die Ministerin macht im ersten Halbjahr 2017 Praxisbesuche, um sich vor Ort über Armutsproblematiken und Armutsprävention auszutauschen und die Lebenswirklichkeit sowie die Erwartungen kennenzulernen.

Der Beteiligungsprozess ist als Besuchs- und Veranstaltungsreihe konzipiert, die sich an alle Akteure richtet, die zur Bewältigung von Armut und soziale Ausgrenzung einen Beitrag leisten können. Dazu zählen zum Beispiel die kommunale Politik, Verwaltungen, Jobcenter und Sozialverbände, genauso wie Träger von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Familieninstitutionen, Fachkräfte der Wohnungslosenhilfe, Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen, Fachkräfte der Gemeinwesenarbeit sowie – ganz generell – alle sozial engagierten Personen. „Armutsbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Kommunen ebenso gefordert sind, wie Sozialversicherungen und Rehaträger, die sozialen Akteure vor Ort und alle, die sich sozialpolitisch engagieren“, so Bätzing-Lichtenthäler.

# „LBM AN SEINEN ZUSAGEN MESSEN!“

*„Tag der VG Rennerod“: Bätzing-Lichtenthäler informierte sich über Sachstand der Verkehrsprojekte im „Hohen Westerwald“*

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Tag in der Verbandsgemeinde“ war die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler nun in der Verbandsgemeinde Rennerod unterwegs. Hier informierte sie sich unter anderem beim Renneroder Stadtbürgermeister Raimund Scharwat und dem dortigen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Hans-Jürgen Heene und dem Fraktionsvorsitzenden im Verbandsgemeinderat, Daniel Haas, über den Sachstand der aktuellen Verkehrsprojekte im „Hohen Westerwald“.

Raimund Scharwat wusste zu berichten, dass die Planung für die L 295, die sogenannte „vergessene Straße“, inzwischen vorliegt. Auch im Landesstraßenbauprogramm sind Mittel für die Straße eingestellt worden. Dafür hatte sich auch Bätzing-Lichtenthäler stark gemacht. „Ich bin sehr froh, dass diese ‚vergessene Straße‘ nun endlich fertiggestellt werden kann. Hier hat sich der Einsatz der Stadt



richtig gelohnt. Gerne habe ich hier gemeinsam mit Raimund Scharwat an einem Strang gezogen.“ Weiter machte Scharwat als Renneroder Stadtchef nochmals auf die sogenannte „Westumgehung“ der B 54 aufmerksam. Gemeinsam verständigten sich Bätzing-Lichtenthäler und die weiteren Gesprächsteilnehmer darauf, den Landesbetrieb Mobilität (LBM) hier an seine Zusagen zu erinnern. „Und an diesen werden wir den LBM nicht nur in diesem Fall messen“, unterstrich die SPD-Politikerin.



# FRÖHLICHE WEIHNACHTEN UND EIN FROHES NEUES JAHR 2017!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein wirklich bewegtes Jahr liegt nun hinter uns und gerade die zur Besinnung einladende Adventszeit bietet uns die Gelegenheit, auf die vergangenen Monate zurück zu blicken und so auch auf das gemeinsam Geleistete. Für eure Unterstützung dabei möchte ich euch gerne nochmals danke sagen. Ich bin froh, euch fest an meiner Seite zu wissen und eure Anliegen in Mainz auch im kommenden Jahr vertreten zu dürfen.

Das sich nun immer schneller nähernde Jahr 2017 hält wieder viel bereit: Neben meinen regelmäßig stattfindenden Bürgersprechstunden in meinem Betzdorfer Wahlkreisbüro (Wilhelmstraße 19, 57518 Betzdorf), zu denen ihr mit meiner Mitarbeiterin Elke Orthey (Tel.: 02741 / 2 54 54 – E-Mail: [post@baetzing-lichtenthaeler.de](mailto:post@baetzing-lichtenthaeler.de)) gerne Termine vereinbaren könnt, führe ich gerne wieder die „Tage in den Verbandsgemeinden“ mit euch durch, bei denen ich einen ganzen Tag lang je eine der vier Verbandsgemeinden meines Wahlkreises mit einem vielfältigen Programm „erkunde“. Darüber hinaus gibt es selbstverständlich auch in 2017 meinen wöchentlichen Newsletter „Wahlkreispost“, der euch jeden Montag mit neuen Informationen aus Bund, Land und Wahlkreis versorgt. Ganz besonders freue ich mich auf unseren Politischen Aschermittwoch am 01.03.2017, bei dem SPD-Generalsekretärin Katarina Barley unsere Rednerin sein wird. Merkt euch diesen Termin schon jetzt unbedingt vor – es wird ein toller Abend!

Nun aber wünsche ich euch vorerst von Herzen frohe Weihnachten im Kreise eurer Lieben und einen „guten Rutsch“ ins neue Jahr, in dem wir uns hoffentlich gesund wiedersehen! Frohe Weihnachten!

